

# Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

---

16. November 2010

## **PRESSEMITTEILUNG**

### **Zentralrat Deutscher Sinti und Roma appelliert an die Innenministerkonferenz : Keine Abschiebungen von Roma-Minderheiten nach Kosovo**

Im Kosovo bestehen nach Auffassung des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma für aus Deutschland abgeschobene Roma nach wie vor Verfolgungsgefahren und die erhebliche Gefahr, Opfer von Diskriminierungen in allen Lebensbereichen zu werden. Der Zentralrat appelliert daher an die Innenministerkonferenz, die Abschiebungen von Roma nach Kosovo auszusetzen und für die betroffenen Familien einen gesicherten Aufenthalt in Deutschland zu ermöglichen.

Noch immer werden aus verschiedenen Bundesländern - wie insbesondere aus Niedersachsen - schutzbedürftige Menschen nach Kosovo abgeschoben, obwohl alle internationalen Organisationen und Institutionen vor Abschiebungen nach Kosovo warnen. Wie von verschiedenen internationalen Organisationen und NGOs mitgeteilt wurde, verläßt ein sehr großer Teil der aus Westeuropa abgeschobenen Roma innerhalb kurzer Zeit wieder den Kosovo, sei es um in Serbien, Montenegro oder Mazedonien eine sicherere Lebensperspektive zu finden, sei es, um wieder nach Westeuropa zu gelangen. Schätzungen gehen bis zu 70% der abgeschobenen Familien, die binnen zweier Monate Kosovo wieder verlassen. Dies sei ein deutlicher Hinweis darauf, daß die abgeschobenen Menschen keine Perspektive in Kosovo haben. Die Abschiebungen würden lediglich einen Kreislauf von Migration in Gang setzen, von dem letztlich nur Schlepperorganisationen profitierten, so Rose.

Der Zentralrat fordert daher die Innenminister der Bundesländer auf, nach dem Beispiel Nordrhein-Westfalens die Möglichkeiten für ein Bleiberecht der aus dem Kosovo vertriebenen Roma in vollem Umfang zu nutzen und vor allen Dingen eine humanitäre Lösung auf der Grundlage einer umfassenden Einzelfallprüfung zu finden.

Der Vorsitzende des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, hatte diese Anforderung an die Innenministerkonferenz bereits bei einem Gespräch im Bundesinnenministerium mit Staatssekretär Ole Schröder vorgetragen. Das Bundesministerium lehnte jedoch die Bitte nach einer Empfehlung an die Länderinnenminister mit dem Hinweis auf die Kompetenzen der Länder ab, einer humanitären Lösung Vorrang eingeräumt werden solle.

Der Zentralrat weist erneut auf die von der Bundesrepublik Deutschland endlich im Juli 2010 ratifizierte UN-Kinderrechtskonvention, die Deutschland verpflichtet, bei allen Entscheidungen das Kindeswohl vorrangig zu berücksichtigen. Kinder, die seit Jahren in Deutschland leben und die hier ihren Lebensmittelpunkt haben, müssen deshalb mit ihren Familien einen sicheren Aufenthaltsstatus in Deutschland bekommen.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma ist daher der Auffassung, daß bei Rückführungen und Abschiebungen in den Kosovo sichergestellt sein muß, daß besonders schutzbedürftige Menschen nicht betroffen werden. Hierzu gehören in jedem Fall

- Familien mit Kindern, außerdem
- Menschen mit Traumatisierungen oder chronischen Krankheiten, und ebenso
- ältere Menschen, die keine Aussicht haben, in Kosovo eine Arbeit zu finden.

Es sollen nach Meinung des Zentralrates bei den Entscheidungen über Abschiebungen diese Betroffenen als Härtefälle mit einem dauerhaften Aufenthaltsrecht in Deutschland ausgestattet werden.

Die aktuellen Zahlen des Bundesministers des Innern belegen, daß zur Zeit nur eine sehr geringe Zahl von Angehörigen der Minderheit nach Kosovo zurückgeführt wird. Dies ist nach unserem Verständnis ein deutlicher Hinweis darauf, daß für die Mehrzahl der Kosovo-Roma konkrete Abschiebehindernisse bestehen.

Der Zentralrat informiert außerdem die Innenministerkonferenz über seine Initiative beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dirk Niebel, endlich eine Sanierung der Bleihalde in Mitrovica zu beginnen. Nicht nur die in unmittelbarer Nähe dieser Halde im dortigen Lager Osterode lebenden Romafamilien sind seit Jahren einer extrem gesundheitsgefährdenden Schwermetallbelastung ausgesetzt, sondern dies gilt auch für die übrigen Einwohner Mitrovicas. Obwohl dieser „größte humanitäre Skandal Europas“, so der Menschenrechtskommissar des Europarates Thomas Hammarberg, seit über zehn Jahren bekannt und dokumentiert ist, hält die Regierung des Kosovo die Sanierung der Halde – und damit die Gesundheit der Menschen in der Region – für „nicht prioritär“.

Herbert Heuss  
Zentralrat Deutscher Sinti und Roma  
06221 – 98 11 01  
[herbert.heuss@sintiundroma.de](mailto:herbert.heuss@sintiundroma.de)